Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3., Mitredakteur: R. Hahn

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr., monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№. 542. Abendblatt. Mittwoch, den 18. November 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Sechste Sitzung vom 17. November.
(Schluß.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Herr Vorredner hat mir in den Mund gelegt, als hätte ich dem Hause einen Vorwurf gemacht wegen der Reduktion des Portos. Das ist nicht der Fall. Ich habe nur gesagt, wenn das Haus fast einstimmig diese Maßregel befürwortet habe, daß es dann auch auf den Ausfall gefaßt sein mußte. Ich selbst bin für diese Maßregel gewesen, einmal, weil das Haus fast einstimmig, unerachtet des Ausfalles diese Maßregel als eine zeitgemäße befürwortet hat, und weil ich selbst wünschte, daß dem Reichstage Gelegenheit gegeben werden möge, seine Thätigkeit mit einer gemeinnützigen Maßregel zu beginnen. — Ich hätte ferner gewünscht, daß der Abgeordnete den Herrn Ministerpräsidenten nicht in die Debatte hineingezogen hätte. Es ist bekannt, daß es Niemand mehr, als er selbst beklagt, in Folge von Ueberanstrengungen hier fehlen zu müssen. Er freut sich der Hoffnung, daß er mit Anfang des nächsten Monats in voller Frische wieder erscheinen kann. (Bravo.)

Abg. v. Hennig hält es für eine schlechte Politik, an dem Vertrage mit der Staatsregierung in Bezug auf das Militärbudget zu rütteln. Eine Erhöhung der Einnahmen herbeizuführen, dazu sei nicht immer eine Mehrbelastung des Volkes erforderlich. Unsere Steuerverfassung sei eine solche, daß nur Reorganisation derselben sehr leicht eine Mehreinnahme herbeiführen könne, ohne erhebliche Mehrbelastung des Volkes.

(Inzwischen ist der Minister v. Selchow in das Haus eingetreten.)

Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion ward mit großer Majorität abgelehnt.

Abg. v. Kirchmann (Die Bänke des Hauses leeren sich): Wenn wir offen sein wollen, so müssen wir uns sagen, daß das Abgeordnetenhaus an dem Defizit eben so viel Schuld hat, als die Regierung. Das aber sollte uns eine Mahnung sein, einen anderen Weg, als bisher einzuschlagen. Keine neuen Steuern, keine neuen Anleihen, das ist das Prinzip, mit dem Preußen Jahre lang durchgekommen ist und dieses Prinzip muß jetzt wieder aufgenommen werden. (Bei der im Hause herrschenden Unruhe sind die speziellen Ausführungen des Redners sehr schwer verständlich.

Abg. Heyse: Gestatten Sie mir, daß ich meine Freude darüber ausspreche, daß die Ansichten des Abg. Virchow gerade das Gegentheil von dem sagen, was die Königliche Staatsregierung verfolgt. Abgeordneter Virchow schlägt zur Deckung des Defizits den inneren Ausbau der Freiheiten vor. Ja, meine Herren, das ist sehr leicht gesagt und wir haben schon die Erfahrung gemacht, daß die Einheit ein sehr bedenkliches und sehr theures Rezept ist. Abg. Dr. Virchow will die bewährte preußische Militär-Organisation angreifen. Wenn man aber sieht, wie eifersüchtige Nachbarn nur auf den Moment warten, uns wo möglich zu vernichten, so darf man solche Gedanken nicht haben. — Der Redner wendet sich nunmehr gegen die Ausführungen des Abg. v. Benda in Betreff der Eisenbahn-Politik der Regierung und erklärt, daß er es für eine Nothwendigkeit erachte, in der Entwicklung des Eisenbahnwesens fortzufahren, namentlich den neu erworbenen Provinzen gegenüber. — Der Grund des Defizits liegt darin, daß die Staatsregierung und Abgeordnetenhaus wesentlich mit Faktoren rechnen müssen, die außerhalb ihres Gesichtskreises liegen. Nothwendig ist es, daß eine Balancirung des Etats hergestellt wird, hier sowohl, wie im Reichstage und im Zollparlament Wer beherrscht denn in diesen Versammlungen die Abstimmungen? Offenbar doch nur die Parteien. Diese müssen sich ihrer patriotischen Pflicht bewußt werden, und wir werden sehr bald das Defizit verschwinden sehen. — Wir können es nicht für gerechtfertigt erachten, eine Finanz-Kalamität des Staates zu benutzen, um die Rechte des Hauses zu erweitern (Sehr richtig), und wir werden daher gegen den Antrag des Abg. Lasker stimmen. — Ich rufe Ihnen nicht zu, wie der Abg. v. Benda: Seien Sie hart, sondern ich rufe: Seien Sie gerecht! (Bravo!)

Abg. Dr. Faucher: Es ist hier darauf hingewiesen, daß die Einführung einer quotisirten Einkommensteuer eine erhebliche Mehreinnahme herbeiführen würde. Diese quotisirte Einkommensteuer müßte auch in sämmtliche Bundesstaaten eingeführt werden und die Höhe derselben würde abhängen von der Höhe der Matrikularbeiträge, welche der Reichstag den einzelnen Staaten des norddeutschen Bundes auflegt. Gerade die Befürchtung des Abg. Virchow, daß diese Steuer bei der Bevölkerung auf Widerspruch stoßen würde, gerade dies ist ein Grund, sie so bald als möglich einzuführen. (Heiterkeit). — Die Tabaksteuer kann eine Finanzquelle der höchsten Ausdehnung werden. — Dies läßt der Antrag Lasker zu.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wir können eine Beschränkung der Forterhebung der jetzt bestehenden Steuern mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, auch einer Regierung gegenüber, zu der wir weniger Vertrauen hätten, als zu der gegenwärtigen. Wir wollen aber auch unser Budgetrecht nicht dadurch beschränken, daß ein Theil desselben auf einen anderen Körper übertragen wird, auf welchen wir keine Kontrole ausüben können. Der Sinn, weshalb wir für den Antrag stimmen, ist der, daß wir einen Zusammenhang zwischen den Körperschaften herbeiführen wollen, um aus dem Zustande der finanziellen Anarchie herauszukommen.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Ausführungen des Vorredners lassen er mir erwünscht erscheinen, noch über den Antrag Lasker einige Worte zu sagen. Die Antragsteller erkennen mit der Regierung die Nothwendigkeit einer Vermehrung der indirekten Einnahmen an; sie haben aber die Vorlagen der Bundesregierung zu Fall gebracht und erklären, dies auch ferner thun zu wollen und gegen alle Vorlagen zu stimmen, welche eine Vermehrung der Einnahmen zur Folge haben. Ich bedaure dies, denn dadurch ist verhindert worden schon jetzt die von mir sehr erwünschte Vereinfachung des Zolltarifs und die Zollerleichterungen, die im Interesse des Verkehrs liegen. Die Folge davon würde die sein, daß auf dem Gebiete der Zölle eine Stagnation eintritt, die ich für sehr bedenklich halte. — Der Fall, daß uns Ueberschüsse in Verlegenheit bringen, wird uns nicht sehr nahe liegen. Zur Zeit sind 5 Millionen zu decken und mögen die Einnahmen steigen, so ist nichts natürlicher, als daß auch die Bedürfnisse steigern. — Ich frage die Antragsteller, ob sie ernsthaft der Meinung sind, daß Reichstag und Zollparlament Dinge beschließen werdeu, welche für Preußen noch eine weit höhere Einnahme brächten? — Glauben Sie nun aber auch wirklich, daß die preußische Regierung daran denken kann, den bekannten Artikel der Verfassung zu opfern? Die bestehenden Steuern werden forterhoben. Würde es im Interesse des Landes liegen, wenn Sie trotzdem gegen jede Erhöhung stimmen wollten, welche nothwendig ist. Ich bitte Sie deshalb, die Abstimmung über den Antrag noch zu verschieben.

Abg. Lasker beantragt in Folge dessen die Abstimmung über seinen Antrag bis zu dem Kapitel „Matrikular-Beiträge" auszusetzen.

Abg. Dr. Waldeck: Der Antrag Lasker ist mir von Hause aus zuwider, denn es ist ganz und gar gleich, ob die Mehreinnahmen für den Bund oder für Preußen erhoben werden. Eine wirkliche Abhülfe bietet der Antrag nicht, vielmehr nur eine scheinbare. Preußen wird vielleicht erleichtert, nicht aber der preußische Staatsbürger.

Der preußische Finanzminister ist im Bundesrathe eine ganz untergeordnete Person. (Heiterkeit.) Ich habe das Meinige gethan, um ihm dieselbe Stellung auch im Reichstage zu wahren, die er in Preußen einnimmt. Es ist mir nicht gelungen, und Niemand weiß, wer Koch und Kellner ist. Solche Zustände werden nicht dadurch abgeholfen, daß wir den Antrag des Abgeordneten Lasker annehmen. Sie können nicht von uns verlangen, daß wir einen Antrag unterstützen, der möglicherweise die Empfehlung des Tabaksmonopols in sich schließt. Eine wirkliche Hülfe wird nur durch Herabsetzung der stehenden Heere erreicht. (Sehr wahr!) Wir müssen zurückkehren zu dem, was wir gar nicht hätten verlassen sollen, man hätte die Führung in Deutschland mit dem verbinden sollen, von dem sie ihren Ausgang genommen hat, nämlich zu der Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten, worauf das deutsche Volk vollen Anspruch hat. (Lebhafter Beifall.)

Die General-Diskussion wird geschlossen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Braun (Wiesbaden) und Twesten wird zur Abstimmung geschritten und die Aussetzung der Abstimmung über die Anträge Lasker und Löwe bis zu dem Kapitel „Matrikular-Beiträge" beschlossen.

Hierauf wird in die Spezial-Diskussion eingetreten.

Der Etat des Herrenhauses wird ohne Diskussion erledigt, ebenso der Etat des Abgeordnetenhauses.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Bähr (Kassel) über das gleichzeitige Tagen der Kommunal-Landtage mit dem Landtage der Monarchie, erklärt der Finanzminister v. d. Heydt: Die Regierung werde bemüht sein, dafür zu sorgen, daß die Kommunal-Landtage mit dem Landtage nicht kollidiren. Die jetzige Einberufung des Landtages sei auf seinen, des Ministers Wunsch erfolgt, weil er großen Werth darauf lege, daß der Etat vor dem Ablauf des Jahres festgesetzt werde. Darum sei diesmal die Vertagung der Kommunal-Landtage nicht abgewartet worden.

Beim Etat des Staatsministeriums beantragt Abg. Runge eine besondere Abstimmung über den Dispositionsfonds für polizeiliche Zwecke 31,000 Thlr. Der Fonds wird bewilligt.

Bei den Ausgaben für die Staats-Archive in den Provinzen beklagt namentlich der Abg. Dr. Hänel, daß die Auslieferung der schleswig-holsteinischen Archive seitens der dänischen Regierung noch nicht erfolgt sei. Er bedauert, daß dem Beschlusse des Hauses wegen Erfüllung des Wiener-Vertrages, Zurückhaltung der Auszahlung von 20 Millionen, bis nach erfolgter Auslieferung der Archive, nicht Folge gegeben sei.

Der Reg.-Komm. Geh. Rath Duncker erwidert darauf, daß die Archiv-Verwaltung nicht in der Lage sei, selbstständig in die diplomatischen Verhandlungen einzugreifen. Seitens der Archiv-Verwaltung sei in dieser Frage nichts versäumt. — Abg. Lesse weist auf die mangelhaften Lokalitäten der Archive in Berlin hin.

Der Reg.-Komm. Duncker stimmt ihm bei und erklärt, daß man nur die Besserung der Finanzlage abwarte, um auch in diesen Beziehungen die dringend nothwendigen Verbesserungen herbeizuführen.

Abg. Dr. Francke (Oldenburg) beantragt 600 Thlr. für einen Archivs-Sekretär in Schleswig abzusetzen. — Die Abstimmung über diesen Antrag ist zweifelhaft. Die Zählung ergiebt die Ablehnung desselben mit 141 gegen 129 Stimmen.

Bei dem Etat für das geheime Civil-Kabinet beantragt der Abg. Lauenstein: von dem Gehalte des Geh. Kabinetsraths 500 Thlr. abzusetzen und nur 4000 Thlr. zu bewilligen. Der Finanz-Minister v. d. Heydt erklärt, daß dieser Gehalt auf 4500 Thlr. erhöht worden sei, um es in Uebereinstimmung mit den Gehältern der Ministerial-Direktoren zu bringen.

Abg. Lasker rügt, daß die Regierung auf verschiedene Beschlüsse des Hauses im vorigen Jahre keine Rücksicht genommen habe.

Abg. Lauenstein weist darauf hin, daß in dem gegenwärtigen Etat dringende Bedürfnisse hätten zurückgestellt werden müssen, daß also die in Rede stehende Erhöhung nicht gerechtfertigt sei.

Abg. Graf Eulenburg erachtet die Bewilligung der Gehaltszulage von 500 Thlr. als einen Ausfluß der Gerechtigkeit.

Abg. v. Hoverbeck: Ein Ministerial-Direktor halte mit einem Kabinetsrath sehr wenig gemein.

Abg. v. Driest: Viele von uns haben im vorigen Jahre für die Erhöhung gestimmt, weil wir die Lage des Landes nicht übersehen konnten. Heute werden wir dagegen stimmen.

Der Antrag Lauenstein wird mit übergroßer Majorität angenommen, die 500 Thlr. somit gestrichen.

Die übrigen Positionen dieses Etats werden genehmigt.

Bei dem Etat der Ober-Rechnungskammer werden die beantragten Gehalts-Erhöhungen: 1) für den Chef-Präsidenten mit 1000 Thlr., 2) für die beiden Direktoren mit je 300 Thlr., auf den Antrag des Abg. Lauenstein mit sehr großer Majorität gestrichen. Ohne Diskussion werden genehmigt: die Etats des Gesetzsammlungs-Debits-Komtoirs, der Landesverwaltung des Jahdegebiets und Zuschuß zur Rente des Kronfideikommiß-Fonds.

Darauf schließt die Sitzung um $3\frac{1}{4}$ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Vorberathung des Budgets.

Deutschland.

Berlin, 18. November. Se. Maj. der König hat gestern nach beendigter Hofjagd nach dem Dejeuner im Freien mit den Fürsten und dem Gefolge Letzlingen verlassen. Die Rückfahrt erfolgte bis Wolmirstädt per Extrapost und von dort aus per Separatzug. In Magdeburg verabschiedete sich der Kronprinz von Sachsen und kehrte von dort aus nach Dresden zurück. Abends 8 Uhr traf der König, begleitet von den Prinzen, dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hier ein, begrüßte später die Kaiserin von Rußland bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhofe und geleitete dieselbe in das russische Gesandtschafts-Hotel. Die Kaiserin, in deren Begleitung sich die Großfürstin Marie und die Großfürsten Serge und Paul, sowie der General-Adjutant Fürst Bariatinski, die Oberhofmeisterin Gräfin Pratasoff etc. befinden, welche mit dem Gefolge im Hotel Royal Wohnung genommen haben, setzt am 19. früh die Rückreise nach Petersburg fort und nimmt an diesem Tage in Bromberg das Diner ein.

— Die Königin-Wittwe ist am 16. in Mentane angekommen.

— Der Prinz und die Prinzessin Karl beabsichtigen am 27. Dezember zu einem längeren Aufenthalte nach Nizza abzureisen. Der Hofmarschall Graf Dönhoff hat sich bereits dorthin begeben, um für eine geeignete Wohnung Sorge zu tragen.

— Die Gräfin v. d. Goltz, Gemahlin des General-Lieutenants Grafen v. d. Goltz, ist zur Oberhofmeisterin der Kronprinzessin an Stelle der zurückgetretenen Freifrau v. Putlitz, und zwar auf ihren Wunsch zunächst auf die Dauer eines Jahres ernannt worden. Die Gräfin v. d. Goltz war bereits vor ihrer Verheirathung als Gräfin Lynar Hofdame der Kronprinzessin, in Gemeinschaft mit der Gräfin Hohenthal.

— Die Regierung wird sich, einem Berliner Korrespondenten der „D. Volksztg." zufolge, mit solcher Entschiedenheit für den v. Guérard'schen Antrag, die Redefreiheit betreffend, erklären, daß selbst die Reste der Fortschrittspartei alle Bedenken fallen lassen und dafür stimmen werden. Um die Annahme dieses Antrages im Herrenhause durchzusetzen, wird Graf Bismarck Varzin noch vor dem 1. Dezember verlassen.

Rendsburg, 17. November. Provinziallandtag. Bürgermeister Graba verlas einen Bericht über die Thätigkeit des Landtages, aus welchem hervorgeht, daß sämmtliche Vorlagen mit Ausnahme einzelner Positionen erledigt sind. Der Landtagsmarschall und der Kommissarius sprachen den Wunsch aus, daß die Thätigkeit des Landtages dem Lande Segen bringen möge, worauf derselbe mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den König und mit einem von dem Abgeordneten Wiggers-Rendsburg der Versammlung dargebrachten Abschiedsgruße geschlossen wurde.

— Der Provinziallandtags-Abgeordnete Kruse wird, laut Anzeige an den Ausschuß für die Proposition Kraus, betreffend die Abänderung der Verfassung, den ihn übertragenen Bericht, welcher der beschränkten Zeit wegen in dieser Session nicht erledigt werden konnte, in der nächsten Session abstatten. In die Kommission, welche dem Provinziallandtage in der nächsten Session ein Verwaltungs-Reglement für das Feuerversicherungswesen vorlegen soll, sind die Abgeordneten Messmer-Saldern, Schmidt und Dose gewählt.

Köln, 17. November. Heute Nachmittag $\frac{1}{4}$ vor 4 Uhr wurde in Köln an verschiedenen Stellen eine Erderschütterung verspürt.

Ausland.

Pesth, 17. November. Der Hof wird sich Sonnabend, den 21. d., nach Ofen begeben.

Agram, 16. November Der kroatische Landtag ist heute eröffnet worden. Das Reskript des Königs (Kaisers) wurde mit großem Enthusiasmus aufgenommen.

Florenz, 17. November. Dr. Bertani, welcher den in Lugano schwer erkrankten Mazzini behandelt, hat Briefe hierher geschrieben, in welchem der Zustand desselben als hoffnungslos bezeichnet wird.

London, 17. November. Aus den Provinzialstädten wird telegraphisch gemeldet, daß die Liberalen die Majorität bei den meisten Wahlen erlangt haben. — In der City von London haben bei den Wahlen zum Unterhause die konservativen Kandidaten Twells und Gell und die liberalen Kandidaten Goeschen und Crawford die Majorität erhalten. John Stuart Mill ist bei der Wahl in Westminster unterlegen.

Madrid, 17. November. Die amtliche „Gaceta von Madrid" veröffentlicht mehrere Ernennungen. — Die telegraphischen Verbindungen werden durch das schlechte Wetter gestört. — In mehreren Provinzen haben in ähnlicher Weise wie in Madrid Kundgebungen zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie stattgefunden.

Kopenhagen, 17. November. Der Konseilspräsident und der diesseitige Gesandte am Stockholmer Hofe begeben sich heute Abend zum König Karl VX. nach Bekaskog in Angelegenheit der Verbindung des Kronprinzen von Dänemark mit der Prinzessin Luise von Schweden. Die Vermählung wird wahrscheinlich im Mai k. J. in Stockholm stattfinden.

Pommern.

Stettin, 18. November. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung bewilligte die Versammlung nach dem Antrage ihrer Finanz-Kommission zur Anlegung einer neuen Gasleitung im Centralpolizeigebäude die auf 53 Thlr. 25 Sgr. veranschlagten Kosten. — Zur Unterhaltung der Wege und Alleen außerhalb der Ringmauern der Stadt sind von den etatsmäßig ausgeworfenen 2500 Thlr. bis 1. Oktober bereits 2446 Thlr. 10 Sgr. 4 Pf. verausgabt und nach einem Anschlage der Oekonomie-Deputation etwa noch 360 Thlr. erforderlich. Der Magistrat bittet indessen, in Rücksicht auf etwa noch entstehende unvorhergesehene Ausgaben rund 500 Thlr. zu bewilligen, welchem Antrage die Versammlung entsprach. — An der hiesigen provisorischen höheren Lehranstalt ist zu Ostern k. J. die Errichtung einer Gymnasial-Tertia erforderlich. Der Magistrat beantragt demgemäß die Bewilligung von 1000 Thlr. am Gehalt für einen neu anzustellenden Lehrer, und da dieser wöchentlich nur 22 Stunden unterrichten kann, für Ertheilung der restirenden 8 Stunden noch $266\frac{2}{3}$ Thlr. jährlich, sowie von 65 Thlr. an einmaligen Errichtungskosten. Herr Dr. Wasserfuhr hält es an der Zeit, daß der Magistrat nunmehr mit einem Plane zur Gründung der höheren Klassen hervortrete und speziell wünscht er darüber Auskunft, wie es mit der Ertheilung des Religions-Unterrichtes in dieser neuen Klasse gehalten, ob er konfessionell sein oder ob auch den Religionsbedürfnissen der modernen Konfessionen Rechnung getragen werden solle. Referent, Herr Rechnungs-Rath Steinicke, erklärte, daß die Vorlage über diese Frage keine Auskunft gebe. Herr Stadtschulrath Balsam: Da für die Schule noch kein spezielles Statut entworfen sei, auch

der konfessionelle Charakter derselben noch nicht zur Erörterung gekommen, sondern allgemein nur bestimmt, daß wöchentlich zwei Religionsstunden ertheilt werden sollen. Er bitte, die hier angeregte Frage auch jetzt nicht, wo es sich nur um Einrichtung einer einzelnen Klasse handele, in den Vordergrund zu stellen. Dr. Meyer: Er erachte die Frage von so großer prinzipieller Wichtigkeit, daß er vor deren Erledigurg seiner Seits kein Geld bewilligen könne. Dr. Wasserfuhr kann sich durch die Erklärung des Stadtschulrathes nicht befriedigt erklären, da die Kommune zwar eine rechtliche und sittliche, aber keine konfessionelle Gemeinschaft bilde. Er beantrage deshalb: „den Magistrat um Aeußerung darüber zu ersuchen, ob die neu zu gründenden beiden Schulen konfessionell werden sollen oder nicht?“ Stadtschulrath Balsam: Der Magistrat habe bisher keine Gelegenheit gehabt, seine Wahl auf nicht konfessionelle Lehrer zu lenken, in den Bekanntmachungen über die Berufung von Lehrern sei bisher auf die konfessionelle Stellung gar keine Rücksicht genommen. Erst, wenn ein solcher Fall eintrete und die Regierung alsdann die Bestätigung versage, scheine die Erörterung der Frage an der Zeit und möge man vorher nicht Schwierigkeiten schaffen. Dr. Wolff: Der jetzige provisorische Charakter der Lehranstalten werde unbedingt noch eine Zeit lang erhalten bleiben. Erst bei definitiver Einrichtung derselben werde die hier in Rede stehende Frage zur Entscheidung kommen und schlage er deshalb vor, über dieselbe für jetzt zur Tagesordnung überzugehen. Herr Tiessen wünscht namentlich zu wissen, ob für die einzelnen Schüler ein Zwang zur Theilnahme an dem Religionsunterricht eintreten solle? Sei dies nicht der Fall, dann wäre ja die Konfessionslosigkeit konstatirt. Herr Dr. Zachariae: Ausgesprochenermaßen solle pro Woche zweistündiger Religionsunterricht nach evangelischem Ritus auf Kosten der Kommune, also auch der Juden und Anderer, ertheilt werden, wodurch die Debatte der vorliegenden Frage berechtigt erscheine. Herr Stadtschulrath Balsam bemerkt: daß Kinder andersgläubiger Eltern auf Wunsch selbstverständlich von der Theilnahme am Religionsunterricht dispensirt würden, wenn im Statut auch nur Dispensationen vom Gesang- und Turnunterricht vorgesehen seien. Herr Tiessen: Es komme ihm namentlich darauf an, zu erfahren, ob auch Kinder evangelischer Eltern, denen die Richtung, in welcher der Religionsunterricht ertheilt werde, nicht zusage, von der Theilnahme an demselben dispensirt würden. Herr Dr. Wolff hält die Erörterung der vorliegende Frage gegenüber der allgemeinen Schulnoth für äußerst gleichgültig. Ihm komme es nur auf eine möglichst große Vermehrung der Schulen an. Bei der Abstimmung wurde unter Ablehnung des Antrages des Dr. Wasserfuhr die Vorlage des Magistrats bedingungslos genehmigt. — Hiernächst berichtete Herr Reimarus Namens der in der Sitzung am 12 d. Mts. gewählten Kommission über die erfolgte Prüfung der projektirten Baufluchtlinie für die Oberwiek. Als Resultat dieser Prüfung schlägt die Kommission mit 4 gegen 3 Stimmen vor: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für die Herstellung einer Baufluchtlinie unter möglichst gleichmäßiger Heranziehung der Grundbesitzer zu beiden Seiten der Straße bei der Abtretung des für eine Straßenbreite von 36 Fuß erforderlichen Terrains, zu wirken.“ Eine solche Breite (anstatt der projektirten 48 Fuß, wozu die Grundbesitzer der östlichen Seite fast das ganze Terrain hergeben sollen), erscheine um so mehr geboten, als voraussichtlich nach Verlegung des Güterbahnhofs der Verkehr auf der Oberwiek eher ab- als zunehmen würde, auch müsse man bei der unzweifelhaft nothwendig werdenden Expropriation hauptächlich den Kostenpunkt in Erwägung ziehen, der sich nach obigem Vorschlage jedenfalls günstiger gestalte. Herr Baurath Calebow empfahl Namens der Minorität der Kommission, der er angehört, die Beibehaltung einer Straßenbreite von 48 Fuß in Rücksicht auf die auf der Oberwiek befindlichen großen Fabriken und den dadurch bedingten starken Wagenverkehr. Herr Kommerzienrath Stahlberg schließt sich der Ansicht des Vorredners an und widerspricht entschieden der Ansicht des Referenten von der zu erwartenden Verkehrsabnahme. Wolle man etwas für die Zukunft schaffen, so liege es auf der Hand, daß eine Straßenbreite von 36 Fuß keineswegs genüge. Eine Terrainerwerbung zu beiden Seiten der Straße sei schon bei Gelegenheit der früheren Kommissionsberathungen als unthunlich erkannt, auch sei die Wasserseite keineswegs weniger werthvoll als die gegenüberliegende, wenn man auch annehme, daß den betreffenden Besitzern durch Hinausrücken in die Oder Terrain wiedergegeben werden könne. Auch die Annahme, daß im Wege der Expropriation billiger Terrain zu erwerben, als durch freihändigen Ankauf, sei ein Irrthum und empfehle er pure Annahme des vom Magistrat vorgelegten Planes. Herr Höpfner erachtet es als durchaus gerecht, von den beiderseitigen Adjazenten Terrain zu entnehmen, da eine Abnahme von 26 Fuß auf der Oderseite den verbleibenden Rest der dortigen Grundstücke völlig werthlos mache. Eine Straßenbreite von 36 Fuß wäre als vollständig ausreichend zu betrachten, da z. B. die Passauerstraße in der Neustadt auch nur 35¼ Fuß breit sei. Er empfiehlt demnach den Kommissions-Antrag. Herr Dr. Zachariae betont wiederholt die Nothwendigkeit, die Kommune gegen alle aus der Genehmigung der projektirten Fluchtlinie etwa entspringenden späteren Ansprüche zu schützen und stellt deshalb den Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, zu erklären, daß sie von dem Projekte Kenntniß genommen habe, indessen keine Veranlassung finde, bei der Feststellung der Baufluchtlinie auch ihrerseits mitzuwirken.“ Herr Kaseburg erklärt sich entschieden gegen diesen Antrag, empfiehlt die Festsetzung einer Straßenbreite von 40 Fuß und die Förderung des Projekts in der Weise, daß die Adjazenten zu beiden Seiten der Straße gleichmäßig zu der erforderlichen Terminabtretung herangezogen werden. Herr Stadtbaurath Hobrecht führt in einem längeren Vortrage aus, daß, wenngleich der vorgelegte Plan sich auf die Herstellung einer 48 Fuß breiten Straße für die ganze Oberwieker Strecke, man es jetzt doch lediglich nur mit dem abgebrannten Theile der Oberwiek zu thun habe, wie solches auch aus dem Wortlaute des ersten Erlasses der Königlichen Regierung an den Magistrat, dem die Ministerial-Instruktion vom 12. Mai 1855 über die Aufstellung von Retablissements-Plänen zum Grunde liege, klar hervorgehe. Seitens der Magistrats-Kommission sei in der Verhandlung vom 4. Juli die Terrainerwerbung an der Wasserseite als die billigste bezeichnet worden. Bei Terrainerwerbungen auf beiden Seiten müsse man unbedingt mehr bezahlen. Der Verkehr durch die fortgesetzte Anlage städtischer Etablissements, Fabriken ꝛc. in Pommerensdorfer Anlagen werde eher zu- als abnehmen, da dort der 3. Festungsrayon am dichtesten an die Stadt herantrete und die Bauten begünstige. Demnach erscheine eine Straße von nur 36 Fuß Breite auch nicht ausreichend. Sollte sich die Versammlung indessen für diese Breite entscheiden, so werde der Magistrat diesen Beschluß der Regierung allerdings zur Entscheidung unterbreiten, er bitte aber, die Magistratsvorlage zu genehmigen, wonach die Verbreitung nur auf einer Seite geschehe. Herr Tiessen: die Regierung erkenne eigentlich selbst an, daß die Ministerial-Instruktion vom 12. Mai 1855 im vorliegenden Falle keine Gültigkeit habe. Werde dies aber anerkannt, so müsse der Regierung selbstredend daran liegen, ihre Forderung durch die Zustimmung der Versammlung legalisirt zu sehen. Jene Behörde möge die Fluchtlinie feststellen wie sie wolle, die Versammlung könne sich nur auf den Rechtsboden stellen und dürfe sich freiwillig keine Verpflichtung zu Geldausgaben für die Kommune auferlegen lassen. Er erinnere an den analogen Fall mit der geforderten Inkorporirung Bredower Antheils, wobei sich die Regierung ebenfalls auf eine nicht zutreffende Bestimmung gestützt, die Versammlung die betreffende Forderung aber — und wie es bisher scheine mit Erfolg — abgelehnt habe. Herr Baurath Hobrecht erörtert nochmals den Standpunkt der Regierung zur vorliegenden Frage und hebt namentlich hervor, daß die städtischen Behörden wiederholt die dringende Nothwendigkeit anerkannt hätten, den Zustand auf der Oberwiek zu bessern. Redner führte ferner zum Beweise dafür, daß die Regierung wenigstens die Macht in Händen habe, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, verschiedene Fälle aus Berlin an, in welchen die dortige Kommune auf Anforderung der Polizeibehörde im Interesse der Verkehrsverbesserung fort und fort nahmhafte Geldopfer habe bringen müssen. Hier würde ein solches Verfahren bei dem ausgesprochenen Anerkenntniß der städtischen Behörden, daß etwas geschehen müsse, um so eher in Anwendung kommen; thäte man aus freiem Antriebe nun nichts, so gebe man der Regierung die Möglichkeit des Einschreitens von Amts wegen ja selbst an die Hand. Herr Dr. Wolff erklärt sich für die Auseinandersetzung des Vorredners äußerst empfänglich. Die Frage, ob die Anführung des Ministerial-Reskriptes vom 12. Mai 1855 begründet, sei hier gleichgültig, denn unbedingt habe die Kommune ein Interesse an der Verbesserung des Zustandes auf der Oberwiek, wenn auch die dortigen Grundbesitzer das größte Interesse hätten. Letztere hätten allerdings bisher für die Förderung der Sache durchaus nichts gethan, sondern stets nur an den verschiedenartig vorgelegten Projekten gemäkelt. Der Referent empfiehlt in erster Linie die Annahme des Zachariae'schen Antrages, eventl. aber des Antrages wegen Herstellung einer nur 36 Fuß breiten Straße. Herr Dr. Amelung: der Antrag des Dr. Zachariae sei allein korrekt. Er bäte dringend, sich nicht immer durch den Hinweis auf die polizeiliche Macht bange machen zu lassen, ein Minister könne durch ein Reskript niemals über das Eigenthum der Bürger oder der Kommune verfügen. Eine Genehmigung des Bauplanes sei um so gefährlicher, als man gar nicht übersehen könne, welche Last der Kommune dadurch aufgebürdet werde. Durch jene Genehmigung legalisire man nur die zweifelhafte Verfügung der Regierung und nehme auch die daraus folgenden Konsequenzen auf sich. Herr Baurath Hobrecht: Der Vorredner habe ihn in der Hauptsache mißverstanden, der Schwerpunkt dessen, was er gesagt, liege darin, dem Zwange zuvor zu kommen; die Erfahrung spreche für das, was er gesagt. Er bitte, jedenfalls darüber Beschluß zu fassen, was geschehen solle. Hr. Dr. Meyer empfiehlt den Antrag des Dr. Zachariae, Hr. Leo Wolff den der Kommission zur Annahme. Herr Oberbürgermeister Burscher bemerkte: Wenngleich Hr. Stadtbaurath Hobrecht als Kommissarius des Magistrats dessen Standpunkt zur Frage schon klar gelegt, so müsse er doch noch die Versammlung an ihren Beschluß vom Januar v. J. erinnern, nach welchem dieselbe den Magistrat ersucht, mit allen Mitteln für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Oberwiek zu wirken. Demnach sei es ihm unerklärbar, wie man jetzt empfehlen könne, die Versammlung möge sich zur Vorlage völlig ablehnend verhalten. Bei einer einfachen Ablehnung sei es schon an und für sich unmöglich, den Wunsch wegen Herstellung einer nur 36 Fuß breiten Straße der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen, wenngleich die mehrerwähnte Ministerial-Instruktion diese Breite im Allgemeinen als zulässiges Minimum anerkenne. Nach der Schlußbemerkung des Referenten, daß man in der Ablehnung der jetzigen Vorlage keinen Widerspruch gegen frühere ausgesprochene Wünsche und gefaßte Beschlüsse finden könne, indem man (durch die Herstellung einer bequemen Oderuferstraße) Besseres habe schaffen wollen, als wie die neue Vorlage biete und nach wiederholter Empfehlung des Zachariae'schen Antrages wird zur Abstimmung geschritten und (wie bereits gemeldet), der Kommissionsantrag angenommen. — Zum Mitgliede der 11. Schulkommission wurde der Armenpfleger Herr Schütz gewählt; eberso fand wiederum die Neu- resp. Wiederwahl einer ganzen Anzahl von Armenpflegern für verschiedene Armenbezirke statt. — Schließlich nahm die Versammlung einen motivirten Antrag des Herrn Leo Wolff an: „daß bei Veröffentlichung der Tagesorgnung für die Sitzungen der Versammlung jedem Gegenstande derselben, der von Plänen oder Zeichnungen begleitet sei, eine dies bekundende Bemerkung beigefügt und daß die Pläne ꝛc. eine Stunde vor Beginn der Sitzung zur Einsicht der Mitglieder im Sitzungslokale ausgelegt würden.“ — Die Berathung der Vorlage wegen des Freischulwesens in den städtischen Schulen, wurde bei der vorgerückten Zeit auf Antrag des Herrn Dr. Wolff von der Tagesordnung abgesetzt.

— Ueber die militärischen Arrestlokale ist vielfach geklagt worden. Es verlautet nur, daß eine durchgängige Erneuerung und Verbesserung derselben im Werke ist, die auch zur Ausführung kommen wird, so weit die gegenwärtige Finanzlage die Ausgaben ermöglicht. Bei dieser Gelegenheit wird auch wohl auf die Verbesserung der Nahrung der Arrestanten Bedacht genommen werden. Wie der „Tribune“ mitgetheilt wird, gilt es als Grundsatz, daß für die Dauer jedes mittleren und strengen Arrestes das Traktament eingezogen, und p o Mann und Tag ohne Unterschied der Waffe und Charge ein Silbergroschen zur Bestreitung der Verpflegung gewährt werden soll. Die ganze Arrestaten-Verpflegung besteht denn auch nur in einer Brotportion von 2 Pfund und aus dem nur jeden vierten Tag zu verabreichenden warmem Essen, zu welchem in der Regel 2½ Sgr. verwendet werden dürfen. Dieses warme Essen, und dazu die Reinigung der Wäsche und andere extraordinären Ausgaben, die dann erforderlich sind, werden von dem einen Silbergroschen bestritten, die 2 Pfund Brod liefert die Behörde unentgeltlich.

— Se. Majestät der König haben mit Bezug auf die neue Landwehr-Bezirks-Eintheilung durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 29. Oktober c. zu bestimmen geruht, daß für die Ueberweisung der vorhandenen Landwehr-Fahnen an die Landwehr-Bataillone die Territorial-Bezirke, bez. die Bataillons-Stabsquartiere, nicht also die mit den alten übereinstimmenden neuen Nummern der Regimenter und Bataillone maßgebend sein sollen. Die bisherigen Nummerbezeichnungen an den Fahnen sollen dem entsprechend eventuell umgeändert werden.

— Das gestrige Konzert der bürgerlichen Ressource zum Besten des in Bredow zu erbauenden Waisenhauses hatte die beiden Säle des Schützenhauses mit Zuhörern vollständig gefüllt, und erfreute sich des allgemeinen Beifalls. Wie wir hören, hat dasselbe eine Einnahme von circa 93 Thlr. ergeben.

— Von dem Glockengießer Herrn Voß hierselbst wird heute eine für den Herrn Grafen v. d. Schulenburg auf Trampe bei Neustadt-Eberswalde gegossene 25 Centner schwere Glocke abgeliefert. — Heute Nachmittag findet der Umguß der großen, erst im vorigen Jahre für die Kirche zu Bahn gegossene Glocken statt, aus welcher kurz nach dem Aufhängen durch einen Unglücksfall ein großes Stück herausgeschlagen ist.

— Heute Nachmittag um 2½ Uhr lief von der Nüske'schen Werft in Grabow das zur Ludendorff'schen Rhederei hierselbst gehörige Barkschiff „Ernst“ glücklich vom Stapel.

— Gestern Nachmittag wurde wiederum ein am Bohlwerk bei der Eisenbahnbrücke befestigtes Boot, während der Eigenthümer desselben sich an's Land begeben hatte, losgemacht und gestohlen.

— Der Königliche Oberst-Lieutenant z. D. und Bezirks-Kommandeur v. Valtier in Schivelbein ist zum Ehrenmitgliede der Landesstiftung „Nationalbank“ ernant worden.

† **Demmin**, 17. November. Behufs Vornahme der neuen Präsentationswahl für das Herrenhaus im Landschaftsbezirk Herzogthum Stettin an Stelle des verstorbenen Mitgliedes des Herrenhauses Freiherrn v. Maltzahn-Cummerow wird die Nachweisung der zur Wahl der Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes berechtigten Besitzer von Rittergütern im 5. Landschaftsbezirk in den Tagen vom 23. bis 30. d. Mts., hierselbst öffentlich ausgelegt werden.

Greifswald, 17. November. Im Sommer-Semester waren auf unserer Universität immatrikulirt 418, davon sind abgegangen 149, bleiben 269; zugekommen sind 120, also immatrikulirt 389. Mithin Differenz gegen das vorige Semester 29. Außerdem sind zum Besuch der Vorlesungen berechtigt 30.

Vermischtes.

Weimar, 13. November. Die „Weimarsche Zeitung“ meldet den heute erfolgten Tod Bonaventuar Genellis. Schon seit längerer Zeit war seine Gesundheit, namentlich in Folge des Schmerzes um den Tod des jugendlichen Sohnes, erschüttert. (Genelli war ein Hauptvertreter der idealistischen Richtung; alles was er betrieb, war „große Kunst“. Er stand auf dem Gebiet, auf dem Asmus Carstens, Thorwaldsen, Cornelius, vor ihm und mit ihm schufen. Die Antike war sein eigentliches Feld und entsprach auch wohl zumeist seiner eigenen Weltanschauung; doch hat er auch innerhalb der christlichen Kunst Hervorragendes geleistet. Wir nennen nur seine Zeichnungen zu Dantes Divina comedia).

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. November. Witterung: trübe, Temperatur + 3° R. Wind W.

An der Börse.

Weizen stille, pr. 2125 Pfd. loco gelber incl 67 bis 69½ Rt., feinster 70 Rt., bunter 67—68 Rt., weißer 69—74 Rt., ung. 61 66 Rt., 83—85pfd. pr. November 69½ Rt. Br., Frühjahr 68, 67¾ Rt. bez.

Roggen wenig verändert, per 2000 Pfd. loco 54½ bis 56½ Rt., November 54¾, ½ bez. u. Gd., November-Dezbr. 52¾ Rt. Br., ½ Gd., Dezbr.-Jan. 52 Rt. bez., Frühjahr 52½, ¼ Rt. bez., Mai-Juni 53 Rt. Br. u. bez.

Gerste matt per 1750 loco märk. 51—52 Rt., ungar. geringe Futter- 43—44½ Rt., bessere 46—47 Rt., feine 48—49 Rt.

Hafer pr. 1300 Pfd. loco 35½—36½ Rt., 47 bis 50pfd. per Frühj. 35 Rt. Br. u. Gd.

Erbsen ohne Handel.

Rüböl behauptet, loco 9¼ Rt. Br., November $9\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Gd., $9\frac{1}{6}$ Br., Dez.-Jan. 9¼ Rt. Br., Januar Febr. 9¼ Rt. Gd., April-Mai $9\frac{1}{6}$, $\frac{7}{12}$ Rt. bez., Mai-Juni 9⅝ Rt. bez., Septbr.-Oktbr. $9\frac{11}{12}$ Rt. Br., $9\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus matt, loco ohne Faß $16\frac{1}{24}$, 16 Rt. bez., November $15\frac{5}{12}$, ½ Rt. bez., November-Dezember $15\frac{5}{12}$ Rt. Br., Frühjahr $15\frac{11}{12}$ Rt. bez., 16 Br., März ohne Faß 16 Rt. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 69½, Roggen 54¾, Rüböl $9\frac{1}{12}$, Spiritus $15\frac{7}{12}$.

Landmarkt.

Weizen 66—72 Rt., Roggen 56—59 Rt., Gerste 42—50 Rt., Hafer 32—36 Rt., Erbsen 60—65 Rt., Heu 15—20 Sgr. pr. Ctr., Stroh 7—9 Rt.

Berlin, 18. November. Staatsschuldscheine 82. Staats-Anleihe 4½ % 94¾. Pomm. Pfandbriefe 84. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130⅝ Meckl. Eisenbahn-Aktien 74½. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 191. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 94½. Oesterr. National-Anleihe 55¼. Oesterreichische Banknoten 87⅛. Russische Noten 83⅝. Amerikaner 6% 79⅝. Wien 2 Mt. 86⅜. Petersburg 3 W. 93. Cosel-Oderberger 112½ Lombarden 108¼.

Weizen still, pr. November 63, 62½. Roggen fest, per November 55¼, 55¾, pr. Novbr.-Dezbr. 53¼, per Frühj. 51¾, 52. Rüböl fest, loco 9½, per November 9½, $9\frac{11}{24}$, pr. Frühjahr 9⅚. Spiritus matt, loco $16\frac{1}{12}$, pr. November 16, 16⅛, pr. Novbr.-Dezbr. 16, 15¾, pr. Frühj. $16\frac{7}{24}$, $16\frac{5}{24}$. Petroleum loco 7. Hafer pr. November 33½, Frühj. 32½.

Köln, 17. November. (Schlußbericht.) Weizen loco 6⅞, per November 6. 2. 6, per März 6. 2. 6, per Mai 6. 4. Roggen loco 5. 25, per November 5. 17, per März 5. 9, per Mai 5 9½. Rüböl loco 10⅗, per Mai $10\frac{19}{20}$, per Oktober 11⅕. Leinöl loco 11⅖. Weizen unverändert. Roggen unverändert. Rüböl behauptet.

Hamburg, 17. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco unverändert, Termine matt, per Novbr 122 Br., 122 Gd., pr. Novbr-Dezbr. 121 Br., 120 Gd., pr. Dezember-Januar 120 Br., 119 Gd., pr. April-Mai 118 Br., 117 Gd. Roggen loco unverändert, Termine matt, per Novbr. 96 Br., 95 Gd., pr. Novbr.-Dzember 95 Br., 94½ Gd., pr. Dezbr.-Jan. 94½ Br., 93½ Gd., per April-Mai 92 Br., 92 Gd. Rüböl loco 20⅛, per Mai 20⅞. Rüböl matt. Spriet, Hafer und Zink still. Petroleum fest.

Stettin, den 18 November.

Hamburg	6 Tag.	151 bz
„	2 Mt.	150⅞ B
Amsterdam	8 Tag.	142⅞ B
„	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 24⅛ bz
„	3 Mt.	6 23⅛ bz
Paris	10 Tg.	81½ bz
„	2 Mt.	$80\frac{11}{12}$ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
„	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl.5457	4½	—
„ „	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—
„ „	4	—
„ Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
„ Prior.	4	—
„ „	4½	—
Starg.-P. E.A.	4½	—
„ Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Greifenhag.Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	114 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	116 B
Union	4	108 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom.Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower „	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	95 B
Germania		100 B
Vulkan		—
St. Dampfmühle	4	112 bz
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	—
Grabow Stadt-Obl.	5	—